

Torsten Maciuga
Staatskanzlei Land Brandenburg
Referat „Demografischer Wandel“

Demografischer Wandel in Brandenburg – ein Überblick

Kommunalakademie Ost und Friedrich Ebert Stiftung
Potsdam, 17. Juni 2008

Der Wandel begann im Osten (deutschland- und europaweit).

Generell

- weniger und
- älter

Brandenburger Spezifika

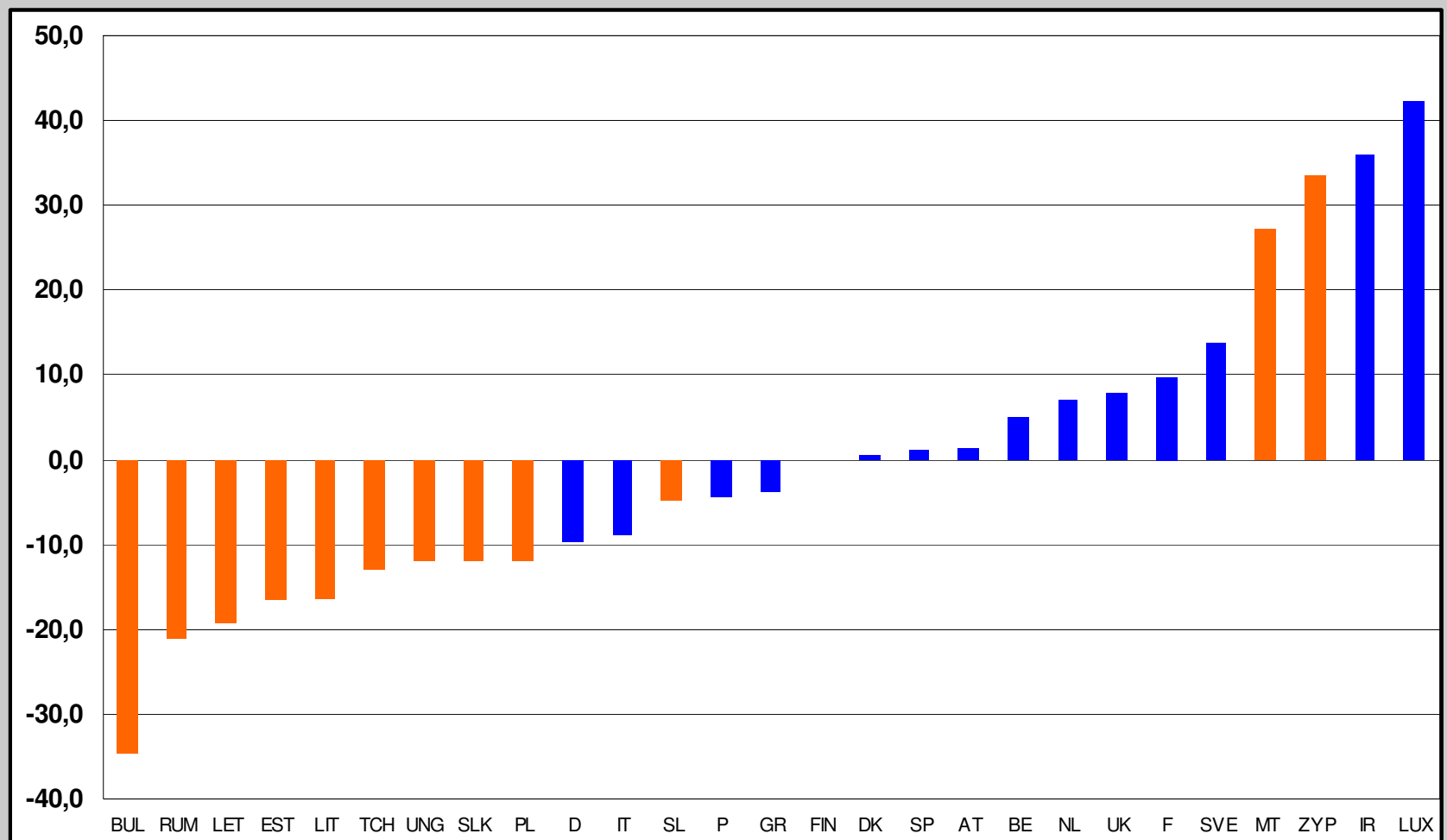
- Kaum bunter – Zuwanderungsströme sind (noch) nicht in Sicht.
- Umverteilung im Land – Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung.

Bevölkerungsprognose 2004 bis 2050 in %

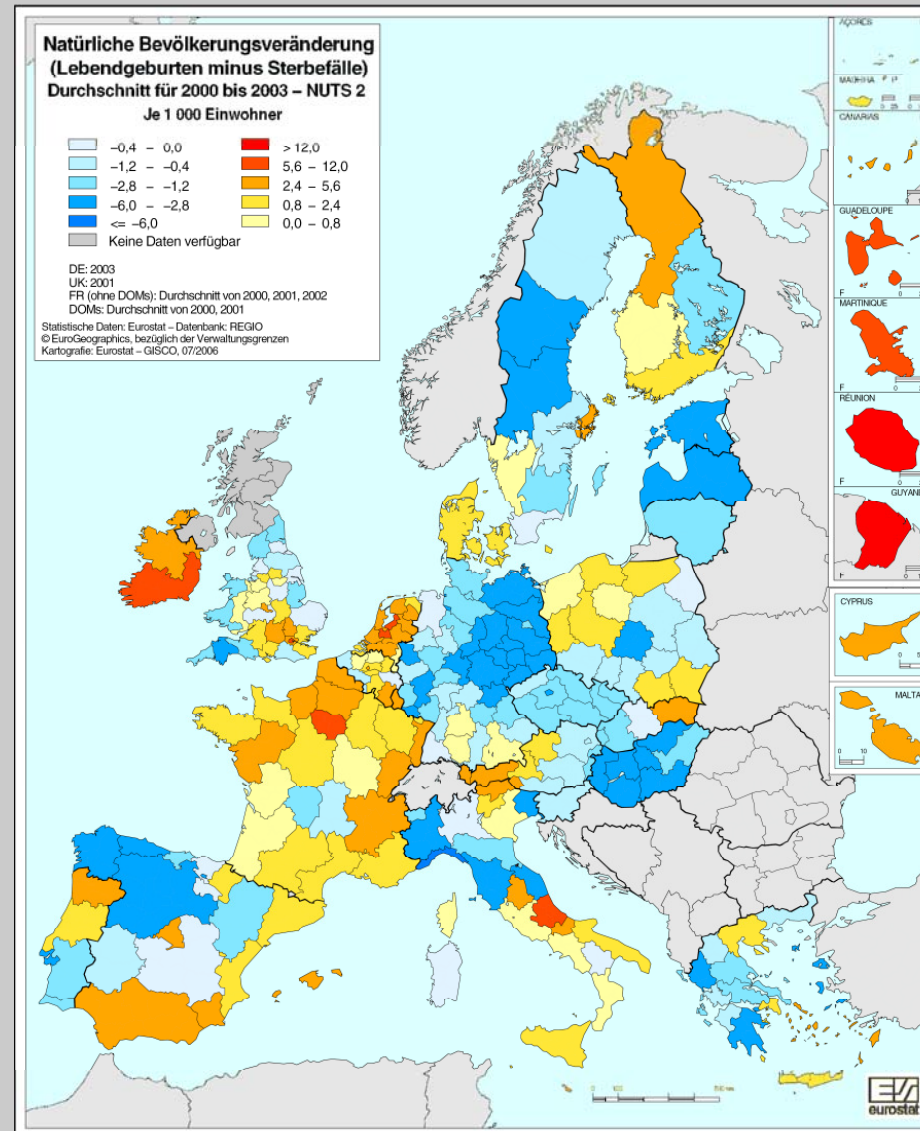
Nebeneinander
von
Wachstum und
Schrumpfung

Blau: EU15

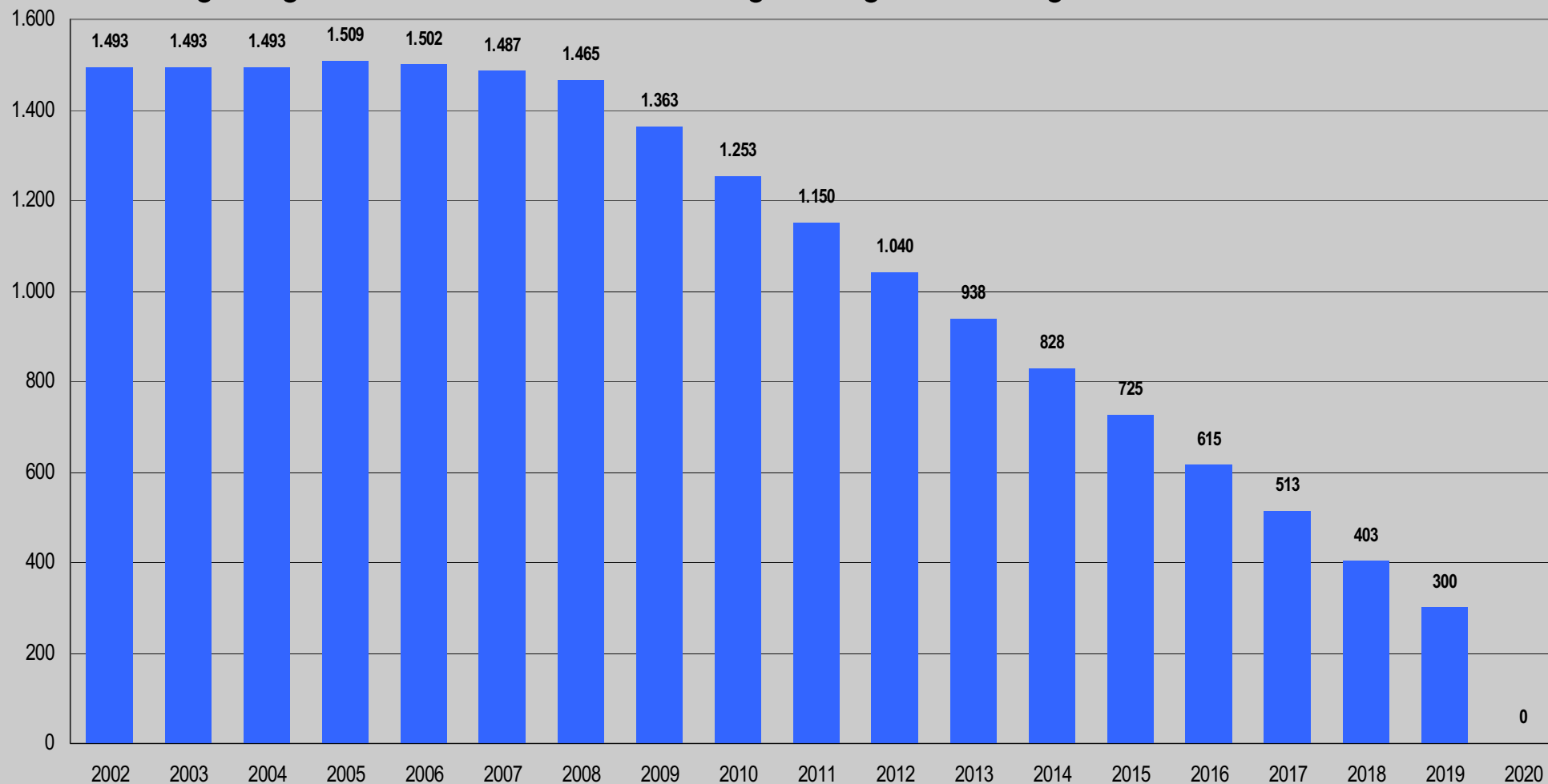
Rot:
Erweiterung

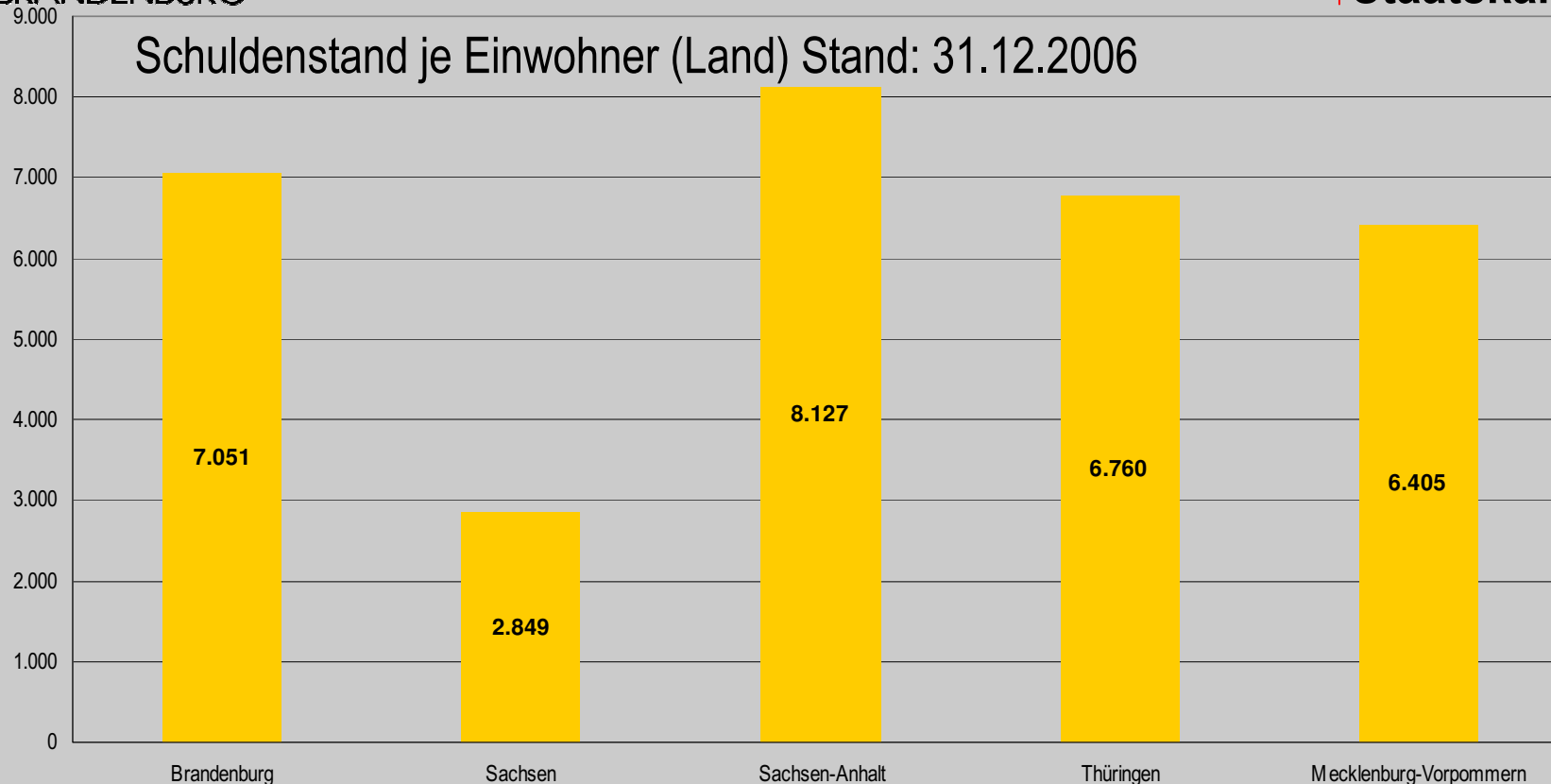


Großflächig natürlicher
Bevölkerungsrückgang
wegen Geburtendefiziten



Neuregelung der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen





Reduzierung
des Haushalts-
volumens von
heute 10 auf
ca. 8 Mrd.€ in
2020
notwendig.

Exkurs:

In Brandenburg werden ggü. 2006 (2.548 T) bis 2020 etwa 170 Tausend Menschen (2.378), bis 2030 etwa 354 Tausend Menschen weniger leben (2.194 Mio. Ew.).

Um die **Pro-Kopf-Verschuldung** auf dem Niveau von 2006 **konstant** halten zu können, ist **bis 2020** eine **Schuldentilgung** von **1,2 Mrd.€**, **bis 2030** von insgesamt **2,5 Mrd.€** notwendig.

2. Ursachen und Folgen

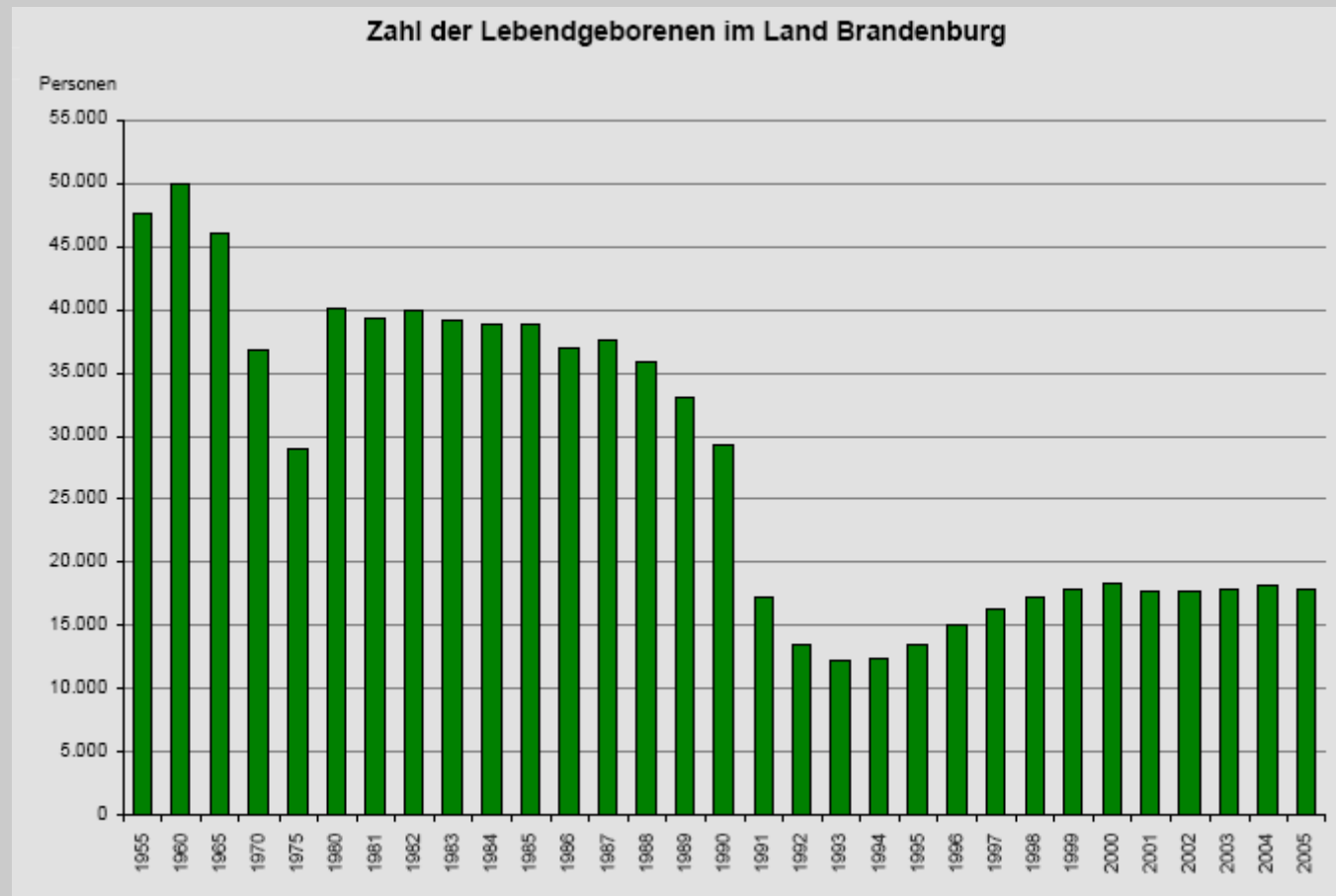
Die Ursachen liegen in der Vergangenheit, im aktuellen generativen Verhalten und im medizinischen Fortschritt:

Für die Reproduktion der Bevölkerung bereits seit Mitte der 1980'er Jahre wesentlich zu geringe
Geburtenrate

Weiterer Anstieg der Lebenserwartung

Geburtendefizit

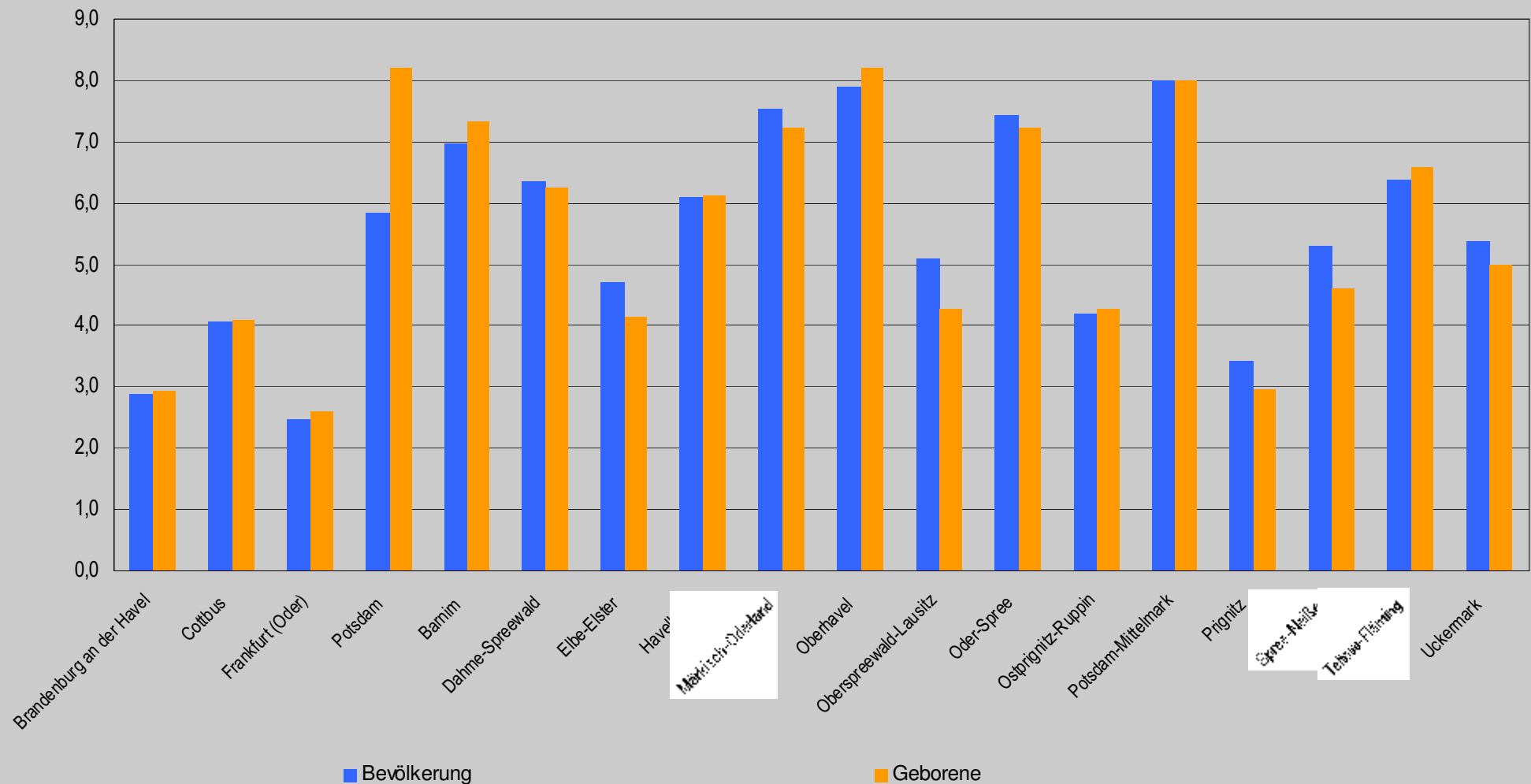
Abwanderung – vor allem junger Menschen - aus Brandenburg, die nicht durch Zuwanderung
ausgeglichen wird



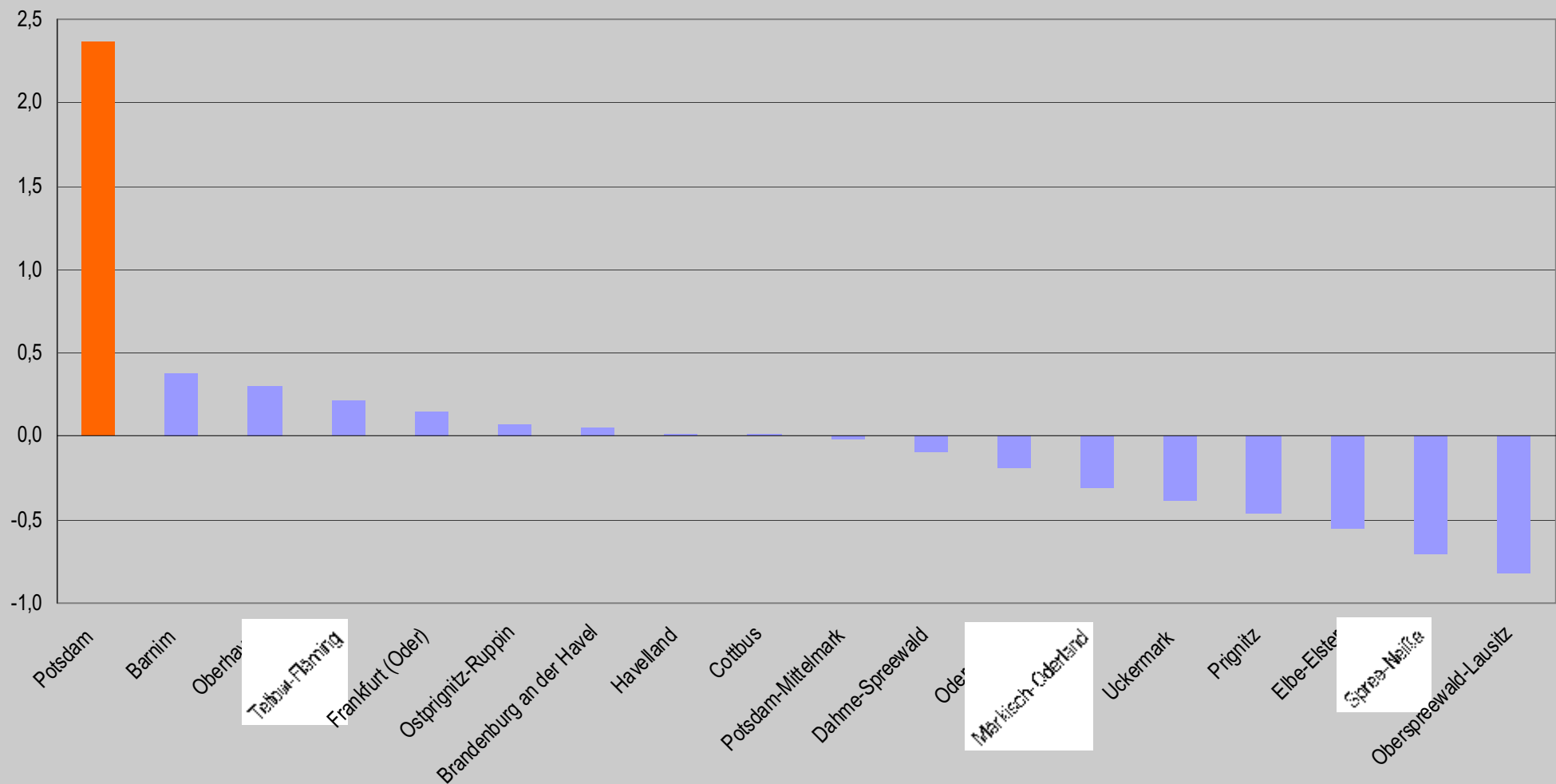
- Größenordnungen: 1980 in Brandenburg **40.000** Kinder geboren, 1993 nur noch **12.238** Kinder. 2006 wurden in Brandenburg **17.883** Kinder geboren.
- Schrittweise Angleichung an das westdeutsche Geburtenniveau (1350 Lebendgeborene je 1.000 Frauen): In Brandenburg werden 2030 **10.500** Kinder geboren.
- Die gewünschte Kinderzahl beträgt in Brandenburg bei jungen Menschen etwa 1,9 Kinder. Wenn es gelingen würde, die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit (1,9 ggü. 1,3) bis 2020 schrittweise zu halbieren (also 1,6 Kinder), dann würden in Brandenburg 2030 **13.600** Kinder geboren werden.

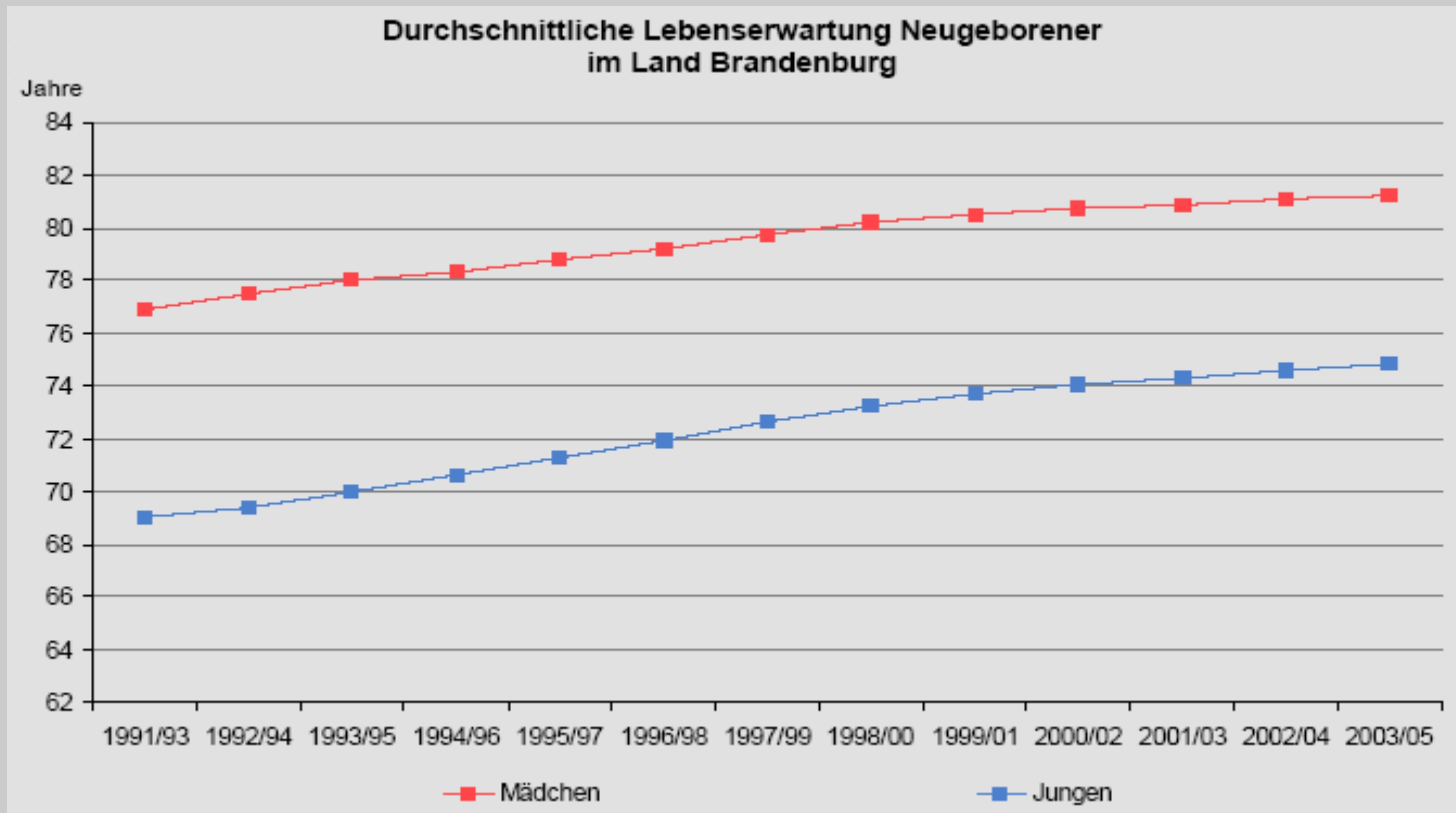
Fazit: Die nach 1990 nicht geborenen Kinder fehlen als Elterngeneration!

Anteile (%) am Land insgesamt im Jahr 2006



Differenz der 2006-er Anteile am Land (%-punkte) zwischen Geborenen und Bevölkerung insgesamt





- Lebenserwartung seit den 1990er Jahren u. a. aufgrund einer verbesserten medizinischen Versorgung weiter erhöht
- Annäherung an das Niveau in den alten Ländern, davon profitierten Jungen stärker als Mädchen
- Dennoch: Lebenserwartung neugeborener Mädchen liegt aktuell um mehr als sechs Jahre höher (81,2 gegenüber 74,9 Jahre).

I Bevölkerungsprognose

Dynamik des Rückganges nimmt zu

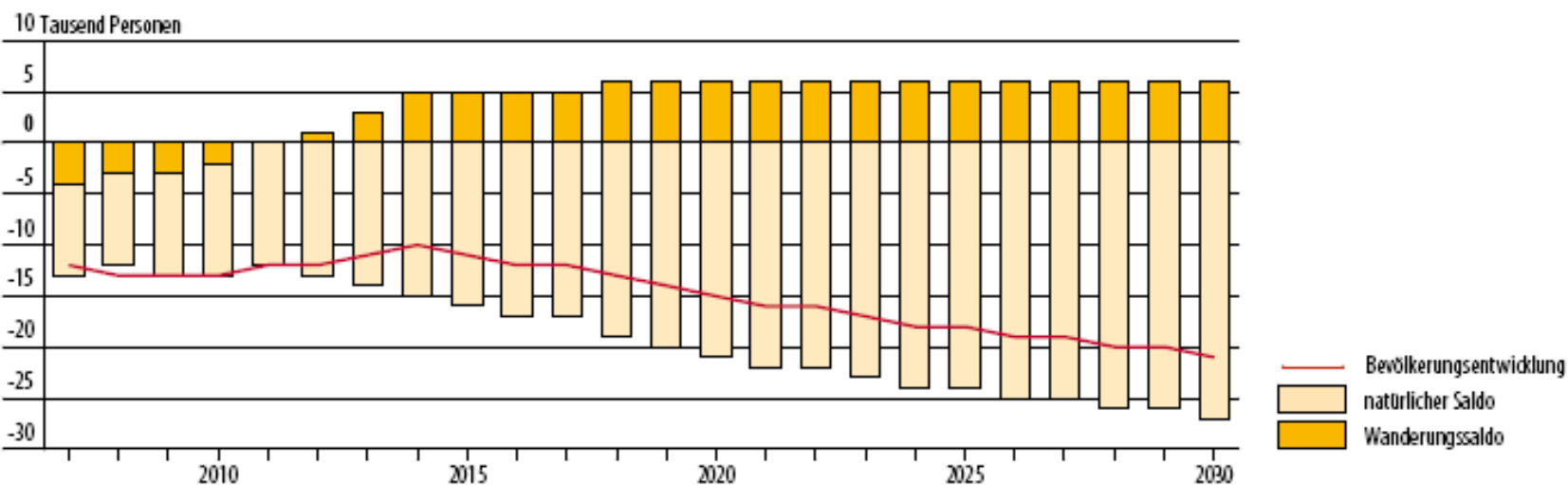
Staatskanzlei

Dynamik des
Bevölkerungs-
rückganges
nimmt weiter
zu

1 Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg

Gebiet	2006	2010	2020	2030	Entwicklung 2030 gegenüber 2006		2007 bis 2030	
					1 000 Personen	%	natürlicher Saldo	Wanderungssaldo
							1 000 Personen	
engerer Verflechtungsraum	1 013,5	1 039,5	1 066,8	1 049,1	+ 35,6	+ 3,5	- 123,5	+ 159,1
äußerer Entwicklungsraum	1 534,3	1 458,1	1 310,9	1 144,8	- 389,5	- 25,4	- 320,4	- 69,1
Land Brandenburg	2 547,8	2 497,7	2 377,7	2 193,9	- 353,9	- 13,9	- 443,9	+ 90,0

Jährliche Bevölkerungsveränderung im Land Brandenburg bis 2030



II Bevölkerungsprognose Wachstum und Schrumpfung

Prognose 2006 - 2030	absolut	Prozent
Potsdam (kreisfrei)	22.957	15,4 %
Falkensee (amtsfrei)	9.200	23,6 %
Teltow (amtsfrei)	6.775	33,3 %
Blankenfelde-Mahlow (amtsfrei)	5.418	21,8 %
Schönefeld (amtsfr.)	4.982	40,3 %
Hoppegarten (amtsfrei)	4.434	29,2 %
Dallgow-Döberitz (amtsfrei)	3.295	40,8 %
Mühlenbecker Land (amtsfrei)	3.010	22,8 %
Panketal (amtsfrei)	2.823	14,8 %
Großbeeren (amtsfrei)	2.408	33,7 %
Hohen Neuendorf (amtsfrei)	1.960	8,4 %
Schönwalde-Glien (amtsfrei)	1.877	21,7 %
Wustermark (amtsfrei)	1.796	23,5 %
Kleinmachnow (amtsfrei)	1.432	7,6 %
Nuthetal (amtsfrei)	1.326	15,0 %
	73.695	

Prognose 2006 - 2030	absolut	Prozent
Forst (Lausitz) (amtsfrei)	-5.529	-25,0 %
Neuruppin (amtsfrei)	-5.561	-17,4 %
Lauchhammer (amtsfrei)	-5.617	-30,5 %
Spremberg (amtsfrei)	-5.712	-22,0 %
Rathenow (amtsfrei)	-6.285	-23,6 %
Henningsdorf (amtsfrei)	-6.669	-25,6 %
Guben (amtsfrei)	-6.960	-33,3 %
Wittenberge (amtsfrei)	-6.972	-35,6 %
Eberswalde (amtsfrei)	-8.614	-20,6 %
Senftenberg (amtsfrei)	-9.885	-35,2 %
Schwedt/Oder (amtsfrei)	-10.951	-29,9 %
Eisenhüttenstadt (amtsfrei)	-11.812	-34,8 %
Brandenburg an der Havel (kreisfrei)	-14.740	-20,1 %
Frankfurt (Oder) (kreisfrei)	-15.180	-24,3 %
Cottbus (kreisfrei)	-23.719	-22,8 %
	-144.208	

29 Städte / Ämter mit ca. 81.000
Einwohnern Zuwachs

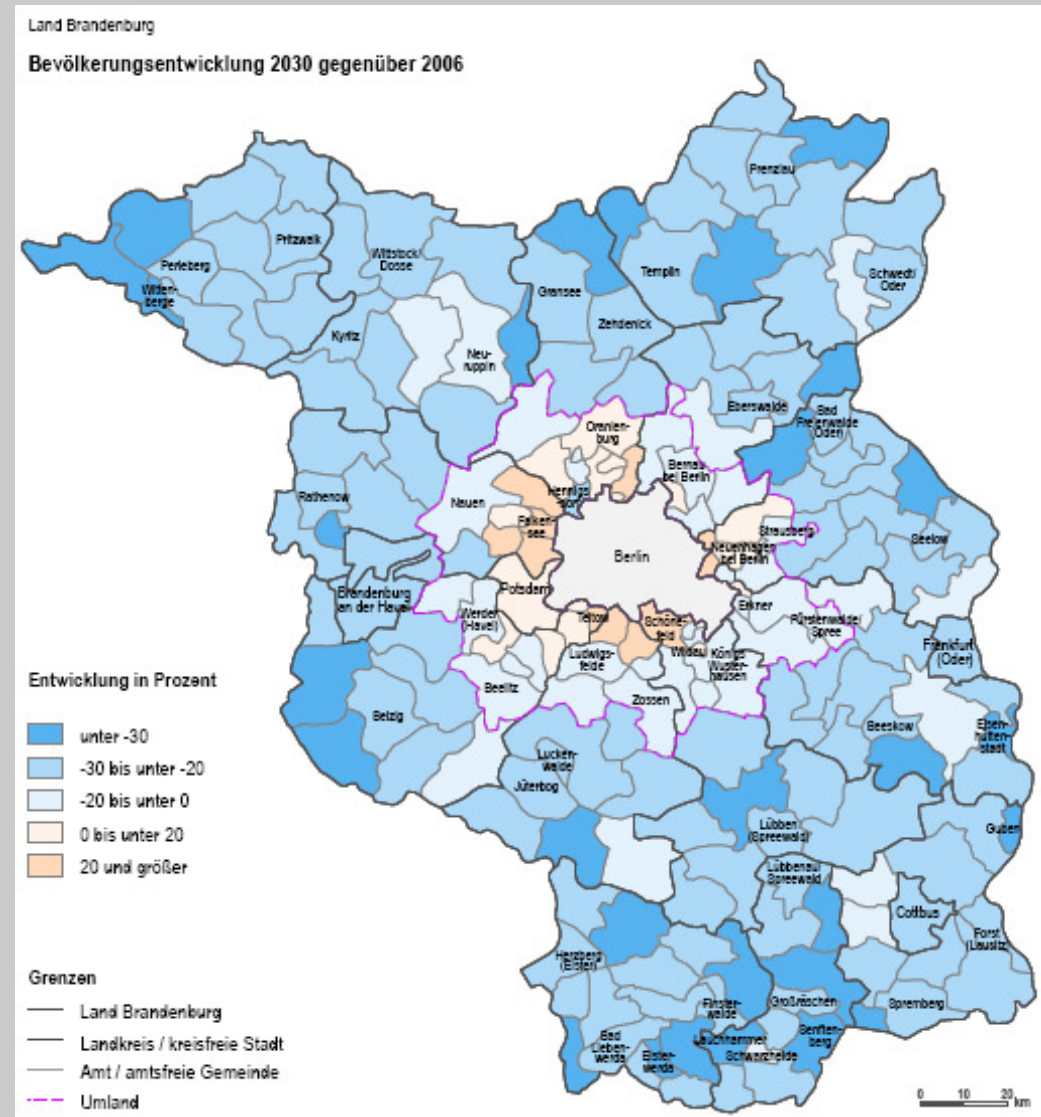
173 Städte / Ämter mit ca. 435.000
Einwohnern Verlust

III Bevölkerungsumverteilung

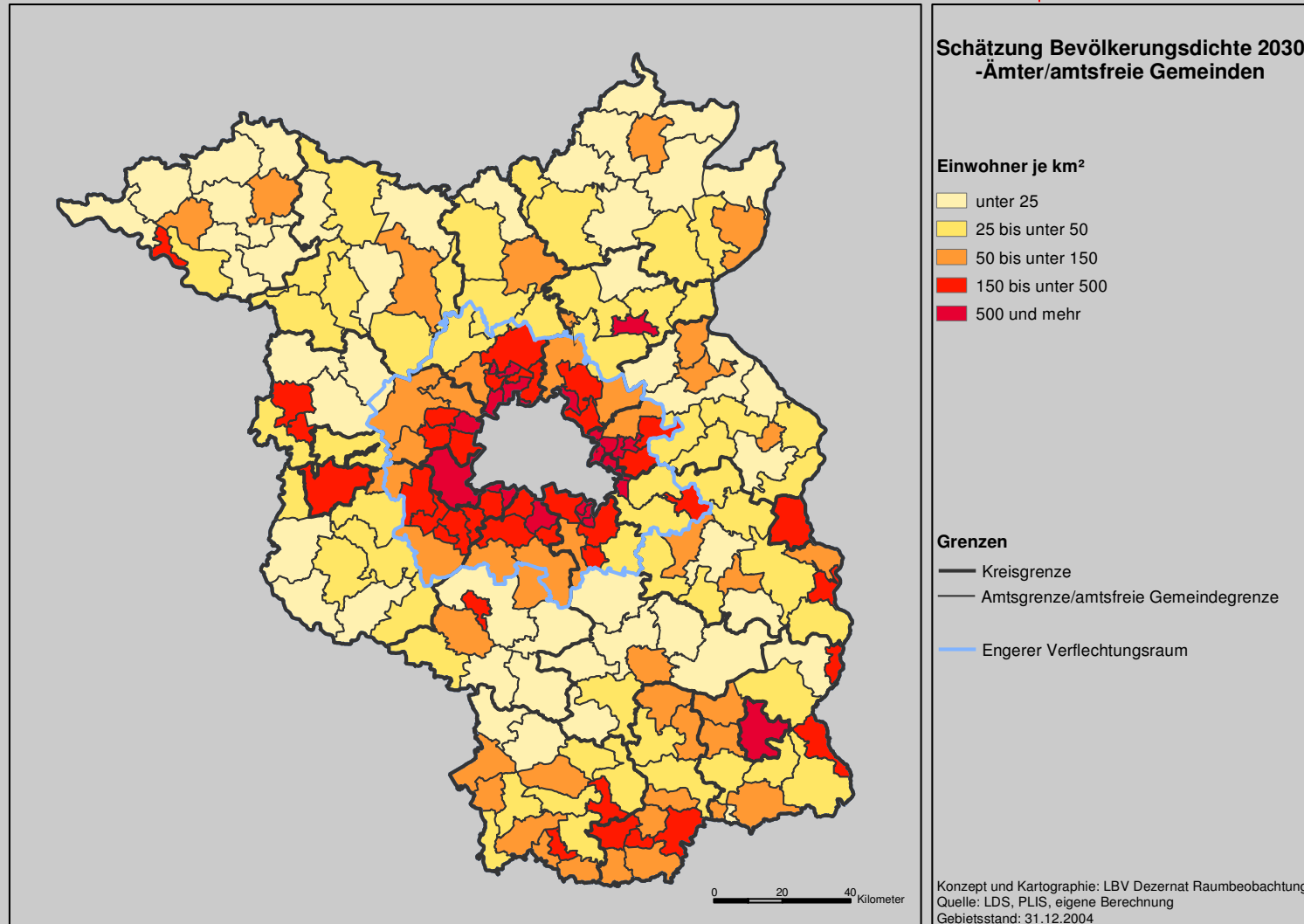
Bevölkerungsverteilung (%)

Umland / äußerer Entwicklungsraum

1990	30 / 70
2006	40 / 60
2030	48 / 52



IV Bevölkerungsdichte: Skandinavische Verhältnisse

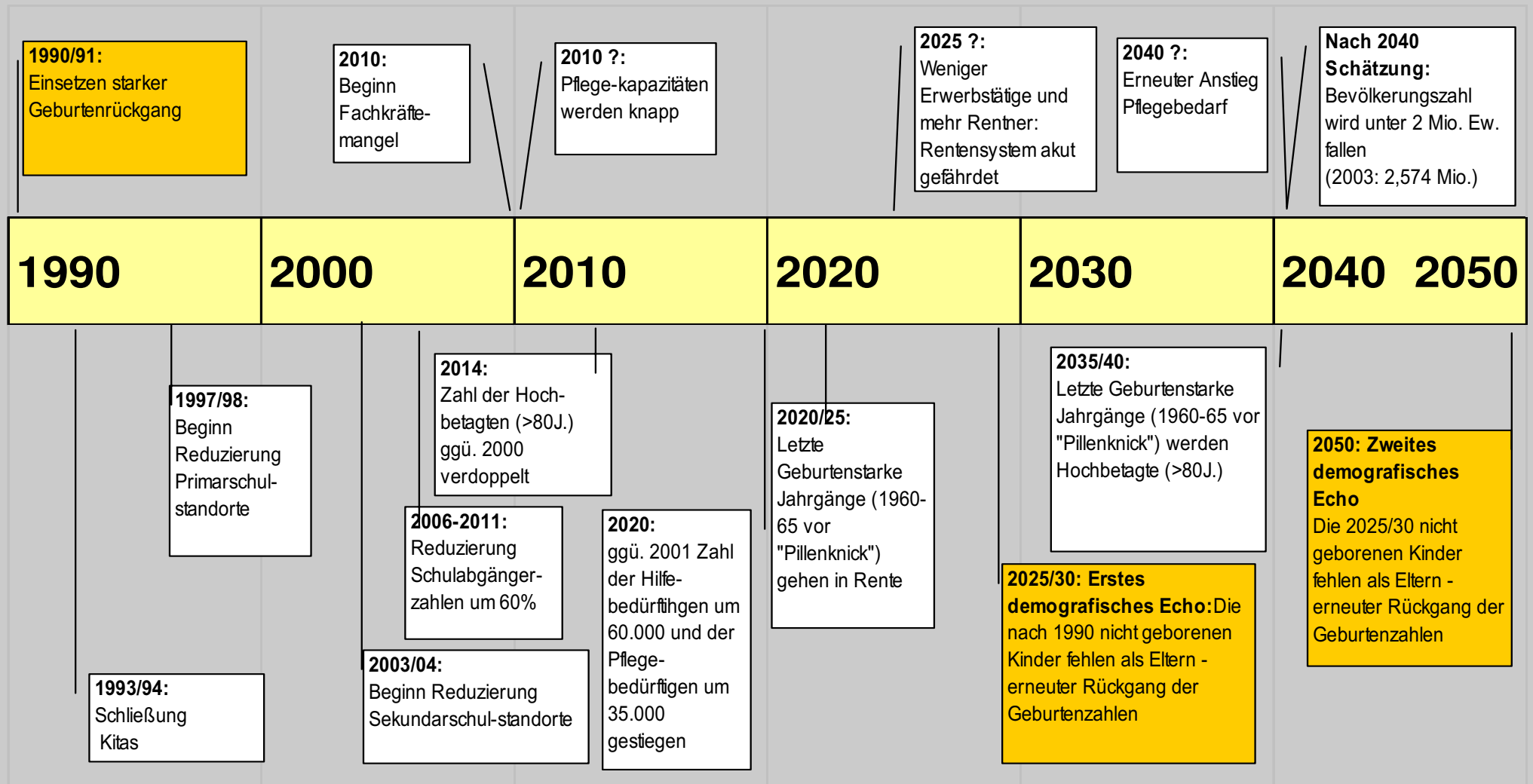


- Abwanderungen von Ost nach West 1991-2005: per Saldo ca. **1,75 Mio. Menschen**
- Die zwischen 1990 und 2006 per Saldo starke Abwanderung (insbesondere Jüngerer und Frauen) von Ost nach West hat die Folgen des dem.Wandels im Osten beschleunigt, im Westen dagegen gedämpft (*Modellrechnung des statistischen Bundesamtes*)
- „**Entgangene Geburten**“: Geburtenzahlen sanken durch Abwanderung potenzieller Eltern im Osten um 14%, im Westen stiegen sie um ca. 2% (BB: -13%); absolut sind Ostdeutschland dadurch in dem Zeitraum 230 Tausend Geburten „entgangen“ (in BB 39.000)
- „**Dynamischere Alterung**“: im Osten wäre ohne Binnenwanderung das Durchschnittsalter (1991: 37,1 Jahre) im Jahre 2006 bei 43,4 Jahren, tatsächlich lag es 2006 durch die Abwanderung Jüngerer bei 45,3 Jahren (BB 1991: 35,9 J., 2006: 44,8 J., ohne Binnenwanderung wären es 42,8 J.)

Aus den „Jungen“ sind bereits die „Alten“ Länder geworden

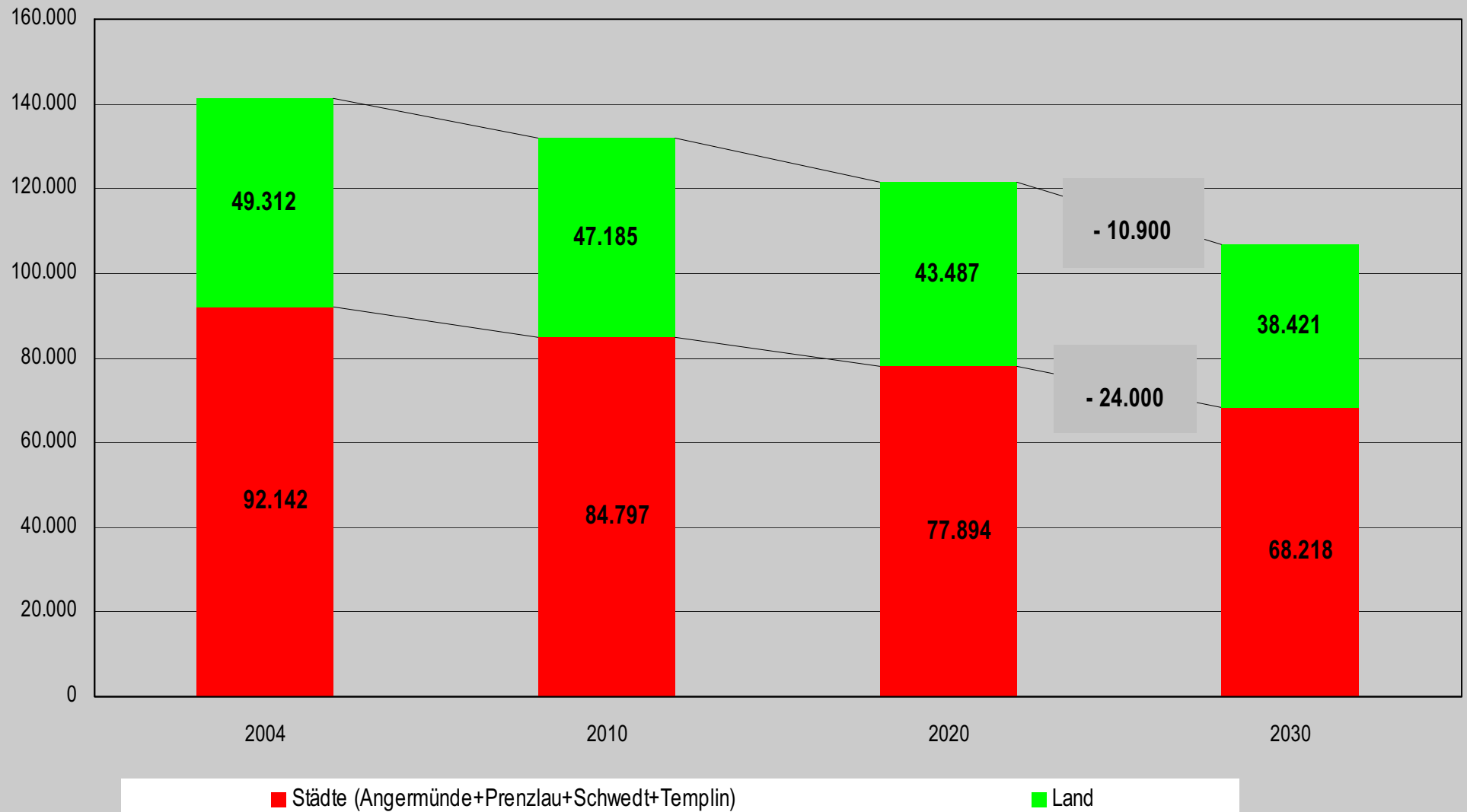
3. Herausforderungen

- Demografische Wirkungsketten
- Stadt-Land-Dilemma
- Haushalt und Sozialsysteme
- Infrastruktur
- Bevölkerung und Arbeitsmarkt
- Wirtschaft und öffentliche Verwaltung
- Alle Ebenen sind gefragt



Stadt – Land-Dilemma: Beispiel Uckermark

Staatskanzlei



- Weniger Einnahmen für die öffentlichen Haushalte: Steuern, Länderfinanzausgleich (ca. 2.300 € pro Kopf) etc.
- Höhere Pro-Kopf-Verschuldung durch Bevölkerungsrückgang
- Weniger Einnahmen für die Rentenversicherung
- Längere Rentenbezugsdauer (+ 70% in 40 Jahren)
- Weniger Einnahmen für die Krankenkassen
- Strukturell veränderte Leistungen der Krankenkassen
- Stärkere Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen

- Nicht ausgelastete und damit teure (technische) Infrastruktur: Wasser, Abwasser etc.
- Nicht ausgelastete soziale Infrastruktur: Kindertagesstätten, Schulen etc.
- Veränderte Ansprüche an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur:
Geriatric statt Geburtshilfe (Beispiel Krankenhausplanung)
- Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche
- Wohnungsleerstand
- Überdimensionierte / überflüssige Straßen (Beispiel: Ortsumgehungen)
- Leere Bahnen und Busse

- Demografisches Echo: Weniger potentielle Mütter und Väter
- Änderung der Alters- und Sozialstruktur
- Soziale Segregation (auch auf dem Land)
- Weniger Schulabgänger, weniger Azubis, weniger Studierende
- Weniger Nachwuchs in Betrieben und Verwaltungen
- Ältere Belegschaften
- Fachkräftebedarf

- Änderung der Personalstruktur (Alter, Qualifikation)
- Nachwuchsmangel, Personalmangel
- Neue Zielgruppen, andere Klientel, Veränderung der Nachfrage
- Andere Aufgabenwahrnehmung - Gewährleistung statt Leistung
- Sicherung von Funktionen anstelle Erhalt (alter) Standorte – Flexibilisierung und Dezentralisierung

- Beispielhafte Problemlösungen weiterentwickeln und ggf. übertragen
- Vernetzung von Aufgaben, handelnden Personen und Organisationen
- Sozialen Sicherungssysteme müssen demografiefest sein (Bund)
- Rahmenbedingungen für tragfähige öffentliche Daseinsvorsorge gestalten (Land)
- Die aktivierende Kommune: Bürger sensibilisieren und lokale Lösungen suchen (Kommune)

4. Politische Perspektiven

- Arbeit, Bildung und Soziales
- Wirtschaft
- Raumordnung und Infrastruktur
- Staat und Verwaltung
- Familienpolitik
- Seniorenpolitik

- Bevölkerungsrückgang und Rückzug von Dienstleistungen können eine Abwärtsspirale in Gang setzen – Prozesse werden von Verlustängsten begleitet.
- Schleichender Prozess verschleiert die Wahrnehmung und verhindert so rechtzeitiges Handeln.
- Rücknahme von Standards senkt häufig die Lebensqualität.
- Rückbau und Ausbau in der gleichen Region und zur gleichen Zeit führen zu Verteilungskämpfen und zu Unzufriedenheit.
- Wahlen – altersstrukturelle Veränderungen führen zu neuen Mehrheiten.

- Intensive Kommunikation schafft Problembewusstsein
- In Generationen denken statt in Wahlperioden
- Vernetzung von Akteuren – regional und sektoral
- Stärken stärken stärkt auch das Selbstbewusstsein
- Gesellschaft: Gemeinschaft, Familie, Nachbarschaft oder Dorfgemeinschaft werden als „neue“ Werte wiederentdeckt

Anpassungsstrategien: Arbeit, Bildung, Soziales

- (reales) Renteneintrittsalter erhöhen – Anreize für Frühverrentung reduzieren
- Bildung: Kitas, Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung – zu lebenslangem Lernen befähigen, Biografien ändern sich
- Erstausbildungszeiten verkürzen
- wirtschaftspolitisch orientierte Zuwanderungspolitik

Anpassungsstrategien: Wirtschaft und Finanzen

- Wirtschaftspolitik ist Familienpolitik
- Familienfreundlichkeit als Standortfaktor im Wettbewerb um die besten Köpfe
- Stärken stärken, Konzentration auf Wachstumskerne und Branchenkompetenzen
- Prioritätensetzung zugunsten nachhaltiger und zukunftsorientierter Bereiche (Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Technologie, Innovation – Finanzielle Stabilisierung/Verstärkung prioritärer Bereiche trotz allgemeiner Haushaltskonsolidierung)

Anpassungsstrategien: Raumordnung und Infrastruktur

- Zentrale Orte: Daseinsvorsorge bündeln und über tragfähige Angebote in den Städten sicherstellen
- Rückbau von Wohnungen und Infrastruktur in schrumpfenden Regionen – bezahlbarer Wohnraum in wachsenden Regionen
- Aufwertung von (Innen-)Städten, Integrierte Stadtplanung
- Verkehrsinfrastruktur anpassen, Vernetzung der Verkehrssysteme optimieren, Mobilität in schrumpfenden Regionen sichern

Anpassungsstrategien: Staat und Verwaltung

- Konzentration auf Kernaufgaben, Personalbedarf und –kosten senken,
- räumliche Konzentration von Infrastruktur, Versorgung und Dienstleistungen
- Prioritäten setzen: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft
- Integrierte Verwaltungsstrukturreform und Gebietsreform
- Bürgernähe durch dezentralen und mobilen Service, eGovernment (z.B. Projekt „Mobile Bürgerdienste in Potsdam“ als Vorreiter)

Fazit: Physische Wege werden länger, virtuelle Wege kürzer und komfortabler

Anpassungsstrategien Familienpolitik

- eine gesicherte berufliche Perspektive für die – zukünftigen – Eltern,
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit,
- die Sicherung einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur,
- die wirtschaftliche Stärkung von Familien
(Familiengeld als Einkommensersatz, Familiensplitting statt Ehegattensplitting)
- familiennahe Dienstleistungen (Qualität),
- die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Anpassungsstrategien Senioren

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dürfen die Erfahrung, die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Älteren nicht unterschätzen. Stattdessen:

- Erwerbsquote älterer Menschen erhöhen, Erfahrungswissen erschließen, durch lebenslanges Lernen ständig weiterqualifizieren,
- Wissenstransfer von den älteren zu den jüngeren Menschen organisieren,
- Seniorenwirtschaft als Wachstumsmotor, neue Produkte, Dienstleistungen und Angebote entwickeln
- Menschen im höheren Lebensalter sind „Aktivposten“ der Gesellschaft,
- Fragen des Alters im Generationen übergreifenden Kontext behandeln.

Vielen Dank.

www.demografie.brandenburg.de